

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 06.05.2015

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:05 Uhr
Ende:	19:15 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter/in:	Herr Mroß (bis 17:30 Uhr) Frau Rothe-Beinlich
Schriftführerin:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
2.1.	Dringliche Informationsaufforderung - Betreuung von Flüchtlingen BE: Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur	0910/15
2.2.	Dringliche Informationsaufforderung - Häufung von schweren Infektionskrankheiten bei Flüchtlingen BE: Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur	0933/15

- 2.3. Dringliche Informationsaufforderung - Selbstständige
Aufstellung des Gesundheitsamtes
BE: Herr Prof. Dr. Dr. Pistner
hinzugezogen: Leiterin Bereich Oberbürgermeister **0950/15**
3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom
25.03.2015
4. Wahl
- 4.1. Wahl der/des Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales,
Arbeitsmarkt und Gleichstellung **0679/15**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
5. Dringliche Angelegenheiten
6. Bürgerbeteiligung
- 6.1. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom **0399/15**
04.03.2015 Vertagung aus der Sitzung SAG vom
25.03.2015 Konzept zur Erarbeitung einer Bürgerbeteili-
gungssatzung
BE: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN
hinzugezogen:
Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt
7. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates aus der Sit-
zung vom 15.04.2015
- 7.1. Einsatz von Zeitarbeit in der Unternehmensgruppe SWE **0628/15**
Bäder GmbH
BE: Fragesteller, Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt,
Geschäftsführerin SWE Bäder GmbH
- 7.2. Stellplätze für Rollstuhlfahrer im Gäste-Block der Multi-
funktionsarena **0695/15**
BE: Fragesteller, Herr Städter, Fraktion FREIE WÄH-
LER/FDP/PIRATEN
hinzugezogen: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt

8. Behandlung von Entscheidungsvorlagen
- 8.1. Vertagung aus der Sitzung SAG vom 17.09.2014 Landes-
seniorenbericht kommunal umsetzen **1618/14**
BE: Antragsteller Vertreter Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen:
Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
- 8.1.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG zum TOP 8.1 **1804/14**
Landesseniorenbericht (DS 1618/14); hier: Schwerpunkte
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
dung und Kultur
9. Festlegungen des Ausschusses
- 9.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom **0671/15**
25.03.2015, TOP 4.1., DS 0619/15 - Schulbetretungsver-
bot
BE: Leiter des Rechtsamtes
10. Informationen
- 10.1. Integration von Flüchtlingen in Erfurt **0626/15**
BE: Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.,
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung
und Kultur
- 10.2. Antrag aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom **0670/15**
25.03.2015, TOP 4.1., Verdachtsfälle Keuchhusten
BE: Herr Städter, Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung
und Kultur
- 10.3. Voraussetzung für die Beschulung von Kindern mit Mig- **0746/15**
rationshintergrund
BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung
und Kultur

- 10.4. Information zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung (mdl.)
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur
- 10.5. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Mroß, Fraktion SPD, eröffnete die öffentliche Sitzung, stellte die frist- und formgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder und anwesenden Gäste.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Mroß, Fraktion SPD, teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass vor dem Hintergrund der Entscheidung des Hauptausschusses die Thematik Bürgerbeteiligung bis zum Vorliegen von Ergebnissen der Arbeitsgruppe, und somit auch der TOP 6.1 - Konzept zur Erarbeitung einer Bürgerbeteiligungssatzung (Drucksache 0399/15) - vertagt werden soll.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Mroß informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass folgende dringliche Drucksachen (DS) dem Ausschuss zur Beratung vorliegen:

- Dringliche Informationsaufforderung – Betreuung von Flüchtlingen (DS 0910/15)
- Dringliche Informationsaufforderung – Häufung von schweren Infektionskrankheiten bei Flüchtlingen (DS 0933/15)
- Dringliche Informationsaufforderung – Selbstständige Aufstellung des Gesundheitsamtes (DS 0950/15)

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung in der letzten Sitzung festgelegt hatte, dass auf der Tagesordnung immer ein TOP "Information zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung" aufgenommen wird (vgl. TOP 10.4). Insofern erscheinen ihr weitere dringliche Anträge zum gleichen Sachverhalt als nicht zielführend.

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN, stimmte Frau Stange zu und schlug vor, die vorliegenden dringlichen Drucksachen mit unter dem TOP 10.4 - Information zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung - zu behandeln. Gleiches schlug sie für die nochmalige Beratung zum gemeinsam beschlossenen Aufruf, privaten Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen vor, um zu erfahren, wie hierbei der Stand bzgl. der Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Initiativen, Kirchen etc. ist. (Beschlusspunkt 2)

Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, erklärte sich mit dem Vorschlag von Frau Rothe-Beinlich einverstanden, sodass die Thematik der Drucksache 0910/15 und Drucksache 0933/15 mit unter dem TOP 10.4 behandelt wird. Die Drucksachen wurden damit zurückgezogen.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 25.03.2015

Die Niederschrift wurde wie folgt

genehmigt Ja 6 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

4. Wahl

4.1. Wahl der/des Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung 0679/15 BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Mroß, Fraktion SPD, stellte die Anwesenheit von 10 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest. Er gab den Hinweis, dass jedes Mitglied des Ausschusses eine Stimme hat, die durch Ankreuzen auf dem Wahlzettel wahrgenommen wird, und derjenige gewählt ist, der mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Bei 10 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern ist gewählt, wer 6 Stimmen erhält.

Für den Vorsitz des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wurde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Rothe-Beinlich vorgeschlagen.

Auf die Nachfrage von Herrn Mroß, ob es weitere Wahlvorschläge gibt, erfolgte keine Wortmeldung.

Frau Rothe-Beinlich stellte sich den Ausschussmitgliedern kurz vor.

Herr Mroß eröffnete die Wahlhandlung und bat die Mitglieder an die Wahlurne.

Nach Abgabe der Stimmzettel erklärte Herr Mroß die Wahlhandlung für beendet.

Nach dem Ende der Wahlhandlung wurde durch Herrn Vogt, Bereich Oberbürgermeister, das Ergebnis der Wahl mitgeteilt.

Danach wurden

- zehn Stimmzettel abgegeben,
- hiervon war eine Stimme ungültig, und neun Stimmen waren gültig,
- auf Frau Rothe-Beinlich entfielen neun Stimmen.

Damit wurde Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, zur Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung gewählt. Frau Rothe-Beinlich erklärte, dass sie die Wahl annimmt und bedankte sich bei den Ausschussmitgliedern.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Mroß übergab die Sitzungsleitung an Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90 /D IE GRÜNEN.

gewählt

Beschluss

Zur Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wird gewählt:

Astrid Rothe-Beinlich.

5. Dringliche Angelegenheiten

Siehe TOP 2 Änderung der Tagesordnung

6. Bürgerbeteiligung

- 6.1. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 04.03.2015 Vertagung aus der Sitzung SAG vom 25.03.2015 Konzept zur Erarbeitung einer Bürgerbeteiligungssatzung 0399/15
BE: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen:
Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt

Siehe TOP 2 Änderung der Tagesordnung

vertagt

7. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates aus der Sitzung vom 15.04.2015

- 7.1. Einsatz von Zeitarbeit in der Unternehmensgruppe SWE Bäder GmbH 0628/15
BE: Fragesteller, Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt, Geschäftsführerin SWE Bäder GmbH

Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., führte zu der Vorlage aus und hatte Nachfragen bezüglich der Beschäftigung der Saisonarbeiter im Winter in den Hallenbädern und in welcher Höhe die Vergütung für die Saisonbeschäftigten erfolgt.

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich beantragte für die Betriebsleiterin der SWE Bäder GmbH das Rederecht. Hiergegen erhob sich von Seiten der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

Die Betriebsleiterin der SWE Bäder GmbH erklärte, dass es sich bei den Leiharbeitern um das Einlasspersonal und die Reinigungskräfte handelt. Die Bezahlung dieser Mitarbeiter erfolgt nach dem gesetzlichen Mindestlohn.

zur Kenntnis genommen

- 7.2. Stellplätze für Rollstuhlfahrer im Gäste-Block der Multifunktionsarena 0695/15**
BE: Fragesteller, Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN
hinzugezogen: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt

Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER /FDP / PIRATEN, führte zu seinem Anliegen aus und bat um die Prüfung des Baues von behindertengerechten Plätzen in den Fanblocks.

Die folgenden Nachfragen bzw. Hinweise der Ausschussmitglieder wurden durch den Sportdirektor des Eigenbetriebs Erfurter Sportbetrieb (ESB) beantwortet:

- Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., erkundigte sich, ob es im Bereich der Fanblocks barrierefreie Toiletten geben wird.
- Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, wies auf die UN-Behindertenrechtskonvention hin, nach der bestimmte Kriterien beachtet werden müssen.
- Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., erkundigte sich vor dem Hintergrund, dass der Bau der Multifunktionsarena noch nicht begonnen hat, nach den entstehenden Zusatzkosten, wenn weitere behindertengerechte Plätze in den Fanblocks errichtet werden würden.
- Frau Dr. Klisch, Fraktion SPD, betonte, dass die Multifunktionsarena ein Bauwerk für die Zukunft ist, welche für alle Menschen zugänglich sein sollte. Daher bat sie, um die Klärung der eventuellen zusätzlichen Kosten.

Der Sportdirektor des ESB teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass auf der südöstlichen Tribüne behindertengerechte Plätze errichtet werden. Jede weitere Änderungen der bestehenden Planung würden zusätzliche Kosten mit sich bringen.

Folgende Festlegung wurde getroffen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht in den Fanblocks der Multifunktionsarena spezielle Plätze für Menschen mit Behinderungen bzw. Einschränkungen vorzusehen. Die voraussichtlichen Kosten sind hierfür darzustellen.	WV: 10.06.2015	DS 0987/15
--	-------------------	---------------

zur Kenntnis genommen

8. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 8.1. Vertagung aus der Sitzung SAG vom 17.09.2014 Landes- 1618/14
seniorenbericht kommunal umsetzen
BE: Antragsteller Vertreter Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen:
Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit**

Der TOP 8.1 wurde zusammen mit dem TOP 8.1.1 behandelt.

Die zuständige Mitarbeiterin des Amtes für Soziales und Gesundheit führte anhand einer Präsentation zu folgenden Schwerpunkten des Thüringer Landesseniorenberichtes aus:

- demografische Rahmenbedingungen
- sozioökonomische Rahmenbedingungen
- altersgerechte Wohnformen
- Wohnbedarfsbefragung 2014.

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich fragte nach, ob die gezeigte Präsentation als Anlage der Niederschrift zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur erklärte sich hiermit einverstanden. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

Die folgenden Nachfragen bzw. Hinweise der Ausschussmitglieder wurden durch die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, dem Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit und der zuständigen Mitarbeiterin des Amtes für Soziales und Gesundheit beantwortet:

- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, erkundigte sich, inwieweit der Bedarf an senioren-gerechten und behindertengerechten Wohnungen gedeckt ist, vor dem Hintergrund dass die Wohnbedarfsbefragung 2014 abgeschlossen ist. Er wies daraufhin, dass die Arbeitsgruppe getagt hat und bat um eine tendenzielle Prognose für den Wohnbedarf, um eine Handlungsgrundlage für die Beratungen im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zu haben.
- Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass zum wohnungspolitischen Handlungsrahmen eine Arbeitsgruppe gebildet wurde und erkundigte sich, ob die

Wohnbedarfsbefragung öffentlich ist und somit als Beratungsgrundlage für die Fraktionen dienen kann.

- Frau Dr. Klisch, Fraktion SPD, äußerte ihre Zustimmung zu der erfolgten Vernetzung des Seniorenwohnprojektes "Heckenrosenweg" und bat um eine Weiterentwicklung in diesem Sinne.
- Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, fragte nach, inwieweit bei Veräußerungen von städtischen Liegenschaften Zweckbindungen zum Beispiel zur Errichtung von barrierefreien/ barrierearmen Wohnungen aufgenommen werden können.
- Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU, bat um die zur Verfügungsstellung der Präsentation vorab per E-Mail¹.

Die zuständige Mitarbeiterin des Amtes für Soziales und Gesundheit erklärte, dass das Amt für Statistik und Wahlen noch an der Auswertung der Wohnungs- und Haushaltserhebung, deren Bestandteil die Wohnbedarfsbefragung sei, arbeitet und diese dann veröffentlicht werden soll.

Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., schlug vor, die Drucksache auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung zu vertagen, da der Beschlusspunkt 02 noch nicht umgesetzt wurde.

Frau Stange erklärte, dass die Vorlage abgestimmt werden muss, damit der Maßnahmenplan umgesetzt werden kann. Sie bat darum, dass der Maßnahmenplan bis zur Sommerpause vorliegt.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur erklärte, dass die genannte Zeitschiene nicht eingehalten werden kann, da viele Dezernate hier Zuarbeiten leisten müssen. Daher schlug sie vor, dass der Maßnahmenplan bis zum 31.12.2015 dem Ausschuss zur Beratung vorliegt.

Folgende Festlegungen wurden getroffen:

Wann werden die Ergebnisse der Wohnbedarfsbefragung 2014 (Bestandteil der Wohnungs- und Haushaltserhebung) veröffentlicht und können diese auszugsweise dem Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung zur Verfügung gestellt werden?	WV: 10.06.2015	DS 0988/15
--	-------------------	---------------

Inwieweit können bei den Veräußerungen von städtischen Liegenschaften Zweckbindungen zum Beispiel zur Errichtung von barrierefreien/barrierearmen Wohnungen aufgenommen werden?	WV: 10.06.2015	DS 0989/15
---	-------------------	---------------

Welche Gestaltungsmöglichkeiten stehen dem Stadtrat hinsichtlich einer öffentlichen rechtlichen Verpflichtung zur Errichtung von altersgerechten Wohnungen bei Neubauvorhaben von privaten Dritten zu?	WV: 10.06.2015	DS 0991/15
--	-------------------	---------------

¹ Die Präsentation wurde den Fraktionen via E-Mail am 12. Mai 2015 zur Verfügung gestellt.

Nachdem die Ausschussmitglieder keine weiteren Nachfragen hatten, stellte die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich die Vorlage in geänderter Fassung (Einfügung der Worte "bis zum 31.12.2015" in Beschlusspunkt 2. nach "...bei dieser Gelegenheit dem Fachausschuss....") zur Abstimmung.

mit Änderungen beschlossen Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung der Stadt Erfurt umfassend über den genannten Seniorenbericht der Landesregierung zu unterrichten und ihn zum Gegenstand einer fachlichen Diskussion im Ausschuss zu machen;
2. bei dieser Gelegenheit dem Fachausschuss bis zum 31.12.2015 einen Maßnahmenplan mit konkreten Untersetzungen zur Umsetzung des Berichts zu unterbreiten, wobei die Entwicklung der alternativen Wohnformen für Senioren in der Stadt Erfurt besondere Beachtung finden soll.

8.1.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG zum TOP 8.1 1804/14
Landesseniorenbericht (DS 1618/14); hier: Schwerpunkte
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Siehe TOP 8.1

zur Kenntnis genommen

9. Festlegungen des Ausschusses
9.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 0671/15
25.03.2015, TOP 4.1., DS 0619/15 - Schulbetretungsverbot
BE: Leiter des Rechtsamtes

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur wies daraufhin, dass die Amtsärztin anwesend ist und hierzu Stellung nehmen kann.

Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU, bedankte sich für die Beantwortung und bat die Amtsärztin um genauere Ausführung.

Die Amtsärztin führte zu dem Vorgehensweise und den gesetzlichen Bestimmungen aus.

zur Kenntnis genommen

10. Informationen

10.1. Integration von Flüchtlingen in Erfurt

0626/15

BE: Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.,

hinzugezogen:

Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung
und Kultur

Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., bedankte sich für die Beantwortung und hatte folgende Nachfragen:

- Ist eine Überarbeitung des Integrationskonzeptes erforderlich, da es aus dem Jahr 2006 ist?
- Gibt es ehrenamtliche Erfurter Bürger, welche sich für die Flüchtlingsarbeit engagieren?
- Wie ist bis jetzt die Reaktion auf den Aufruf zu Wohnpatenschaften? Gab es hier eventuelle Rückmeldungen?

Der Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit nahm hierzu Stellung.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur erklärte die gesetzlichen Regelungen in Bezug auf die Unterbringung von Flüchtlingen und führte zu den Wohnangeboten in Erfurt aus.

Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, wies daraufhin, dass eine dezentrale Unterbringung ihrer Ansicht nach immer möglich sei. Sie erkundigte sich, aus welchen Gründen die Einrichtung einer Clearingstelle für die Vermittlung von Wohnräumen so problematisch sei. Sie bat um regelmäßige Hinweise auf die Aufrufe, z. B. über die Homepage der Landeshauptstadt Erfurt, dem Amtsblatt, Schaukästen in den Ortsteilen und an Kirchen.

Der Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass noch Aufrufe über die Thüringer Allgemeine, das Amtsblatt und dem Allgemeinen Anzeiger erfolgen werden. Mit den Kirchen gebe es in der nächsten Zeit Abstimmung über eine Einbindung.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur führte zu den Nachfragen näher aus.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, erklärte, dass viel für die ankommenden Flüchtlinge getan wird. Man müsse jedoch das Wohnungsangebot in Erfurt insgesamt im Auge haben. Daher erkundigte er sich nach der mittel- bzw. langfristigen Strategie der Verwaltung: Sind Neubauten durch die Stadt selbst oder durch Dritte vorgesehen?

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass jeden zweiten Freitag eine Ämterrunde stattfindet indem über alle Belange der Flüchtlingsunterbringung beraten wird. In diesem Rahmen findet auch ein reger Austausch mit der städtischen Wohnungsgesellschaft statt.

Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU, fragte nach, ob die Verwaltung die KoWo Kommunal Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt (KoWo) angewiesen hat, keine Wohnungen an Dritte zu vermieten, um diese für die Flüchtlingsunterbringung zu nutzen.

Die Bürgermeisterin und Beigeordneten für Soziales, Bildung und Kultur verneinte diese Aussage und führte hierzu aus.

zur Kenntnis genommen

- 10.2. Antrag aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 25.03.2015, TOP 4.1., Verdachtsfälle Keuchhusten 0670/15**
BE: Herr Städter, Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, bedankte sich für die Beantwortung der Fragen.

zur Kenntnis genommen

- 10.3. Voraussetzung für die Beschulung von Kindern mit Migrationshintergrund 0746/15**
BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur führte zu den Voraussetzungen an das notwendige Personal für die Beschulung von Kindern mit Migrationshintergrund aus.

Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, wies daraufhin, dass an Gymnasien insbesondere der Nachweis der zweiten Fremdsprache ein großes Problem für die Aufnahme von Kindern mit Migrationshintergrund darstellt, da die Heimatsprache nicht als 1. Fremdsprache anerkannt wird und somit kaum Kinder mit Migrationshintergrund nichtdeutscher Herkunftssprache – auch bei sehr guter Allgemeinbildung – problemlos ein Gymnasium besuchen können.

Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, bat um die Erweiterung der Fragestellung der Drucksache um Regelschulen, Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und alle nicht benannten Grundschulen.

Folgende Festlegung wurde zu Protokoll gegeben:

Die Fragestellung der Drucksache 0746/15 wird um Regelschulen, Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und alle nicht benannten Grundschulen erweitert.	WV: 10.06.2015	DS 0990/15
---	-------------------	---------------

zur Kenntnis genommen

**10.4. Information zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung (mdl.)
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur**

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur informierte über die Ausschussmitglieder über die Betreuung von Flüchtlingen vor allem in Bezug auf die Gemeinschaftsunterkünfte und nahm hierzu Bezug zu den Drucksachen 0910/15 und 0933/15.

Sie informierte die Ausschussmitglieder außerdem darüber, dass die Asylbewerber unterschiedliche bzw. teilweise geringe Impfstadien besitzen. Bei allen Asylbewerbern erfolgt in der Erstaufnahmeeinrichtung eine körperliche Untersuchung, insbesondere auf Anzeichen von Läusen und Krätze. Außerdem werden weitere Untersuchungen (Stuhlprobe, Blutentnahme, Tuberkulintest, Röntgenthorax) durchgeführt.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur erklärte, dass Sie im nichtöffentlichen Teil der Sitzung weitere Angaben zu der Thematik "Flüchtlinge" machen wird.

Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, fragte nach, ob die Sozialbetreuer ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis vorlegen müssen.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur bestätigte diese Nachfrage.

zur Kenntnis genommen

10.5. Sonstige Informationen

Es wurden keine sonstigen Informationen zu Protokoll gegeben.

gez. Mroß
stellv. Vorsitzender

gez. Rothe-Beinlich
Vorsitzende

gez. 
Schriftführerin